



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause war auch das CDU-Wahlprogramm Thema im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Frau Merkel ist kein Trick und kein Hakenschlager zu billig, um die Bürgerinnen und Bürger zu ködern und zu manipulieren. Diese schwarz-gelbe Koalition hat bereits vor vier Jahren milliardenschwere Steuersenkungen versprochen, gekommen sind sie nie (nur für Hoteliers). Stattdessen machte das Land unter Finanzminister Schäuble neue Schulden von 100 Milliarden Euro. Und das bei Steuereinnahmen, wie sie die Republik noch nicht gesehen hat. Nun verspricht die CDU wieder Milliarden und Abermilliarden Wahlgeschenke. Diese „Regierung“ hat keine einzige Reform auf den Weg gebracht, sie verwaltet den Stillstand und die Ungerechtigkeit. Und das, was sie gemacht hat, ist dumm, teuer und ideologiegetrieben, zum Beispiel das Betreuungsgeld.

Wichtige Themen in dieser Sitzungswoche waren die Regierungserklärung der Kanzlerin zum Europäischen Rat – vor allem aber natürlich die Antwort von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Er führte Merkel noch einmal klar vor Augen: „Sie können nicht mit Geld umgehen“. Außerdem hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche u.a. mit großer Mehrheit die Einrichtung des „Aufbauhilfefonds“ für die Schäden der Hochwasserkatastrophe beschlossen sowie den Antrag „System der Organtransplantation in Deutschland nachhaltig stärken: Konsequenzen aus den Manipulationen an Patientendaten in deutschen Transplantationskliniken“.

Die schwarz-gelbe Mehrheit im Deutschen Bundestag hat auch in der letzten Sitzungswoche wichtige Vorhaben verhindert. Unser SPD-Pflegekonzept und der von mir initiierte Antrag "Kinder- und Jugendgesundheit: Ungleichheiten beseitigen – Versorgungslücken schließen" wurden ebenso abgelehnt wie eine Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule und eine verschärfte Regelung gegen Abgeordnetenbestechung.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY
PLATZ DER REPUBLIK 1,
11011 BERLIN
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 [Topthema: Merkels Märchenbuch](#)
- 04 [Europa: „Sie können nicht mit Geld umgehen.“](#)
- 06 [Bundestag beschließt Fonds zur Aufbauhilfe](#)
- 07 [Rechtspolitik: Ehen für Lesben und Schwule endlich öffnen](#)
- 08 [Koalition blockiert schärfere Regeln gegen Bestechung](#)
- 08 [Kanzlerin trägt Mitschuld am Versagen der Pflegepolitik](#)
- 11 [Gesundheit von Kindern und Jugendlichen besser fördern](#)
- 12 [Schärfere Regeln für Organtransplantationen](#)

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

TOP-THEMA

Merkels Märchenbuch

Mindestlohn, Solidarrente und gute Kinderbetreuung – das gibt es nur mit der SPD, so kommentiert Frank-Walter Steinmeier die leeren Wahlversprechen der Union in einer von der SPD initiierten Aktuellen Stunde zum Thema "Wahlversprechen von CDU/CSU – Mögliche Risiken auf die Haushalte von Bund und Ländern" am vergangenen Donnerstag. Steinmeier stellte gleich zu Beginn der Debatte klar, dass der ursprüngliche Titel „Merkels Märchenstunde“ noch viel zu harmlos gewesen sei. Denn das, was die Union den Wählerinnen und Wählern präsentiere, sei „Wahlbetrug mit Ansage“.

Steinmeier listete die Pläne der Union in den einzelnen Ressorts auf und konstatierte, dass all das "ohne einen Cent Gegenfinanzierung" vorgestellt worden sei. Steinmeier: "Das ist dreist und unseriös!" Als Beispiel nannte der Fraktionsvorsitzende die Rente. Ende der 90er-Jahre seien die Rentenkassen leer gewesen, die SPD habe das dann wieder in Ordnung gebracht, heute wiederhole sich das. Die Union „räubert die Rentenkasse“. Er fragte in Richtung Schwarz-Gelb, was von dieser Regierung bleibe? Nichts. Die Krönung aber sei, dass die eigenen Leute aus der Union nicht an die Wahlversprechen von Frau Merkel glauben würden, zum Beispiel Herr Lauk vom CDU-Wirtschaftsflügel. Denn der habe ja in der Presse zugegeben, dass diese Maßnahmen ohnehin nicht kämen.

Ein deutlicher Hinweis darauf ist, dass im neuen Haushaltsentwurf der Regierung keine dieser Maßnahmen auftaucht. Steinmeier: "Das ist alles nur Stoff für die Wahlkampfdroge". Die Regierung sei dabei eine Wiederholungstäterin. 2009 seien milliardenschwere Steuersenkungen offeriert worden – die nie kamen. Nun seien es 50 Milliarden Euro an Wahlkampfgeschenken – doch diese Rechnung gehe nicht auf. Selbst der Koalitionspartner FDP gehe auf Distanz. Steinmeier folgerte: "Ihr Wahlprogramm ist für die Tonne."



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

BUNDESHAUSHALT/EUROPA

Steinbrück: „Sie können nicht mit Geld umgehen!“

Mit einem ungewöhnlichen Vergleich hat Peer Steinbrück am Donnerstagmorgen auf die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum Europäischen Rat geantwortet. Die Rede der Kanzlerin erinnere ihn an den ehemaligen SPD-Fraktionschef Fritz Erler. Erler habe auf eine Regierungserklärung von Ludwig Erhard geantwortet. „Herr Bundeskanzler, Ihre Rede war sehr rezipiativ!“. Unruhe im Plenum. Steinbrück: „Das Wort bedeutet nichts, es heißt gar nichts. Erler sagte damals, es spreche sich nur so gut. Und so ist es mit Ihren Regierungserklärungen!“

„Europa braucht keine Stehsätze, Frau Merkel“, so Steinbrück. Das einseitige Sparprogramm der Kanzlerin habe erst zu der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der EU geführt. „In zwölf von 27 Ländern in der EU liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei mehr als 50 Prozent“, stellte Steinbrück klar. Das liege an dem „Teufelskreis aus Sparen, Wachstumseinbrüchen und Arbeitslosigkeit“. Dazu habe Merkel „keinen Satz“ in ihrer Regierungserklärung gesagt. Bis heute ignoriere die Koalition die vereinbarten Wachstumsimpulse für die Krisenländer. Bei mehr als 40 EU-Gipfeln blieben „die Erwartungen unerfüllt“. Steinbrück: „Wir wollen den Wachstumspakt!“ Steinbrück schlug Merkel vor, sie solle sich europaweit Unternehmer suchen und mit denen bindend vereinbaren, 500.000 neue Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Denn auch hier zeige die Kanzlerin keinerlei Engagement.

In den vergangenen vier Jahren hat die schwarz-gelbe Koalition rund 100 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft – trotz rekordverdächtiger Steuereinnahmen. Steinbrück stellt fest: „Sie können nicht mit Geld umgehen!“ Wenn Schwarz-Gelb regiere, werde „in der Wüste der Sand knapp“. Die Koalition lebe von der Rendite, die die SPD erwirtschaftet habe. „Wenn man in Ihre Schachteln reinguckt, ist da nur ein Haufen Luft“, legte er nach. Eigene Reformen? Fehlanzeige.

Mit Blick auf die geplante Bankenunion in der Euro-Zone bekräftigte der ehemalige Finanzminister die Haltung der SPD, dass die immer schon für die Haftungskaskade war,

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

zunächst die Eigentümer, Gläubiger und Sparer bei einer Bankenpleite heranzuziehen, bevor der Steuerzahler einspringen müsse. Steinbrück warnte die Kanzlerin: Sollten die Pläne der Regierung dazu führen, dass bei einer möglichen Direktkapitalisierung der Banken durch den Rettungsschirm ESM doch wieder der Steuerzahler herangezogen werde, „bekommen Sie hier die Zustimmung der SPD nicht“. Bis heute hätten sich die Banken nicht gerecht an den Kosten ihrer Rettungsmaßnahmen beteiligt. Darum müsse endlich die europaweite Finanztransaktionssteuer kommen. Peer Steinbrück forderte „eine Europabewegung, eine neue Idee von Europa“, damit die europäischen Institutionen besser legitimiert werden. Wir müssen, sagte er, „mehr Demokratie in Europa wagen“.

In einem Entschließungsantrag zum Europäischen Rat am 27./28. Juni (Drs. 17/14143) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, einen Wandel in der Europapolitik einzuleiten und sich für eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Wirtschafts- und Fiskalunion einzusetzen. Die Bundesregierung soll sich für die Schaffung eines Investitions- und Aufbaufonds einsetzen, der insbesondere Investitionen in die industrielle Erneuerung ermöglicht. An der Finanzierung muss der Finanzsektor durch die rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer beteiligt werden. Dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa muss höchste politische Priorität eingeräumt und in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit dem Europäischen Parlament auf dessen Forderungen nach Ausstattung und Bedingungen eingegangen werden. Die Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen auf 21 Milliarden Euro ausgeweitet werden. Ganz wichtig ist der SPD-Fraktion: Alle noch verfügbaren Mittel aus den europäischen Fonds sind für Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu bündeln. Ebenso sollen die bis 2015 ungenutzten Mittel nicht in die nationalen Haushalte zurückfließen, sondern in Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit überführt werden.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

BAU

Bundestag beschließt Fonds zur Aufbauhilfe

Durch die Hochwasserkatastrophe sind große Schäden entstanden, am 28. Juni hat der Bundestag die Einrichtung des „Aufbauhilfefonds“ mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen. Das Hochwasser sei für viele Menschen existenzgefährdend, sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Es sei eine Verpflichtung der Länder, solidarisch für die Finanzierung der Hochwasserfolgen aufzukommen. Die Solidarität in der Bevölkerung, in den betroffenen Gebieten ehrenamtlich zu helfen, habe sie beeindruckt. Neben der jetzt notwendigen Hilfe für die Opfer des Hochwassers machte Dreyer deutlich, wie wichtig eine gemeinsame Hochwasservorsorge sei. SPD-Fraktionsvize Florian Pronold dankte Polizei, Feuerwehr, THW, Bergwacht, dem Roten Kreuz, der Bundeswehr und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung für ihren Einsatz. Pronold verwies darauf, dass sich die SPD-Fraktion anders verhalten werde als Union und FDP im Jahr 2002. Die Union hatte sich damals bei der Abstimmung über einen Hilfefonds für die Flutopfer enthalten, und die FDP hatte dagegen gestimmt.

Ein Gesetzentwurf von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen regelt die Einrichtung des nationalen Solidaritätsfonds „Aufbauhilfe“ als Sondervermögen des Bundes. Der Fonds wird mit 8 Milliarden Euro ausgestattet, die der Bund als zusätzliche Schulden aufnimmt. Weshalb auch ein Nachtragshaushalt durch den Bundestag beschlossen werden muss, da die Nettokreditaufnahme von 17,1 Milliarden Euro auf 25,1 Milliarden Euro erhöht werden muss. Der Bund übernimmt 4,75 Milliarden Euro des Fonds und finanziert vor. Die Länder beteiligen sich durch die Übernahme von Zins und Tilgung bis zum Jahr 2033. Dazu wird die Umsatzsteuerverteilung in den Jahren 2014 bis 2019 zwischen Bund und Ländern geändert. Dafür fallen jährlich 202 Millionen Euro an. Zudem werden die Kompensationsleistungen des Entflechtungsgesetzes von 2014 bis 2019 festgelegt. Von 2020 bis 2033 sollen Direktzahlungen von den Ländern an den Bund erfolgen.



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

RECHTSPOLITIK

Ehe für Lesben und Schwule endlich öffnen

Gleichgeschlechtlichen Paaren ist die Ehe noch immer verwehrt. Das ist eine konkrete und auch symbolische Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität. Ein Gesetz von SPD und Grünen soll das ein für alle Mal ändern und damit auch den Anordnungen des Bundesverfassungsgerichts nachkommen. In Deutschland ist seit 2001 die Eingetragene Partnerschaft die gesetzlich geregelte und durch Eintragung bei einer staatlichen Stelle begründete Form des Zusammenlebens eines Paares. Dennoch sind sie in vielen Rechtsbereichen gegenüber der Ehe benachteiligt. Das betrifft in erster Linie das Steuerrecht und das gemeinsame Adoptionsrecht.

SPD und Grüne wollen mit dem Gesetzentwurf "Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts" (Drs. 17/12677), klarstellen, dass auch gleichgeschlechtliche Personen eine Ehe eingehen können. Mit dem Beschluss vom 7. Mai 2013 hat das Bundesverfassungsgericht den Ausschluss eingetragener Lebenspartnerschaften vom Ehegattensplitting für verfassungswidrig erklärt. Thomas Oppermann erklärt dazu: „Wir wollen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sofort und ohne jede Verzögerung umsetzen. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind viel zu lange benachteiligt worden“. Die SPD-Fraktion will nun durch den Gesetzentwurf (Drs. 17/13871) die bisherige Ungleichbehandlung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften im Einkommensteuerrecht umfassend und rückwirkend beseitigen. Das gilt auch für die Nebengesetze zum Einkommensteuergesetz (Wohnungsbau-Prämiengesetz, Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, Eigenheimzulagengesetz). Die SPD-Initiative wurde im Bundestag mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Koalition blockiert schärfere Regeln gegen Bestechung

Wenn es um die Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung geht, gehört die Bundesrepublik als einzige parlamentarische Demokratie der Welt zu den Ländern, die ein internationales Abkommen zur Korruption nicht ratifiziert haben. 167 Länder weltweit haben die UN-Initiative

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

unterzeichnet, wir nicht. Viele Monate haben die SPD-Rechtspolitiker gemeinsam mit den Grünen im Rechtsausschuss für ein Gesetz zur Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung gekämpft. Es geht im Kern darum, dass ein Abgeordneter, eine Abgeordnete sich nicht kaufen lassen darf, um in einer bestimmten Weise abzustimmen. Diese Form der Bestechung muss unter Strafe gestellt werden. Aber die schwarz-gelbe Koalition weigert sich beharrlich, zu handeln. Unfassbar achtmal hat sie mit ihrer Geschäftsordnungsmehrheit im Rechtsausschuss verhindert, dass über die Vorlage der SPD-Fraktion abgestimmt wird.

Die SPD hat ihren gemeinsamen Gesetzentwurf mit den Grünen in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause als Änderungsantrag (Drs. 17/14240) in den Bundestag eingebracht und an die Debatte um unseriöse Geschäftspraktiken angedockt. Vor der namentlichen Abstimmung dazu sagte Thomas Oppermann: „Der Koalition fehlt der Mut zu einer Abstimmung, sie schämt sich lieber heimlich.“ Er stellte klar, dass die Freiheit des Mandates „kein Sonderrecht für Abgeordnete“ sei. Stimmen Sie für unseren Antrag. Erwartungsgemäß tat die Koalition das nicht. Der Änderungsantrag der SPD wurde am Donnerstagnachmittag bei 201 Ja-Stimmen, 66 Enthaltungen und 319 Nein-Stimmen von Schwarz-Gelb abgelehnt.

SOZIALES

Kanzlerin trägt Mitschuld am Versagen der Pflegepolitik

Die Pflegeversicherung hat sich als solidarische und paritätisch finanzierte Sozialversicherung bewährt. Seit 1995, dem Jahr der Einführung der Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung, ist die Anzahl der Pflegebedürftigen kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2010 waren 2,42 Millionen Menschen pflegebedürftig. Für das Jahr 2030 werden rund 3,3 Millionen und für 2050 4,37 Millionen Pflegebedürftige prognostiziert. Der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen steht ein Mangel an Pflegekräften gegenüber. Im Jahr 2025 sollen laut Schätzungen 152.000 Pflegekräfte fehlen. Hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung wird davon ausgegangen, dass sie – ohne Reform – bis 2015 gesichert ist. Die Pflegepolitik muss sich deshalb auf den demografischen Wandel einstellen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

Kurz vor der Sommerpause stand am 27. Juni 2013 die Pflegepolitik auf der Tagesordnung des Bundestages. In der Debatte ging die SPD-Fraktion mit der Bundesregierung hart ins Gericht. Ständige Runden, neue Expertenbeiräte, Kommissionen und Gipfel hätten vier Jahre lang von der Untätigkeit der Bundesregierung und ihrer Uneinigkeit ablenken sollen, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach. 2,5 Millionen Pflegebedürftige, 900.000 Beschäftigte in der Pflege und fünf Millionen betroffene Familien seien der Kanzlerin keine einzige Grundsatzrede wert gewesen. Die Kanzlerin trage eine Mitschuld für das Versagen in der Pflegepolitik. Die schwarz-gelbe Bundesregierung habe nichts für eine nachhaltige und dauerhafte Finanzierung der Pflege getan, kritisierte SPD-Fraktionssitzung Elke Ferner. Die Pflegeexpertin der SPD-Fraktion, Hilde Mattheis, warf Gesundheitsminister Bahr (FDP) Entscheidungsschwäche hinsichtlich eines neuen Pflegebegriff vor. Anstatt die Vorschläge des Berichts von 2009 umzusetzen, habe er einen neuen Bericht beauftragt. Damit habe Bahr vier wertvolle Jahre verstreichen lassen.

Ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der Pflege

Die SPD-Fraktion hat seit Beginn dieser Legislaturperiode an einem Gesamtkonzept Pflege gearbeitet, das breit mit Krankenkassen, Verbänden und Gewerkschaften diskutiert wurde. Im Juni 2012 hat die SPD-Fraktion ihre Forderungen schließlich als Antrag in den Bundestag eingebracht, der am 27. Juni 2013 abschließend beraten wurde. Die SPD-Fraktion will, dass Pflegebedürftige möglichst selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dazu gehört auch der Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu wollen. Dreh- und Angelpunkt ist die Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Es steht fest, dass Pflegebedürftigkeit nicht nur daran bemessen werden darf, wozu Betroffene körperlich im Alltag noch in der Lage sind. Es geht auch darum zu beurteilen, inwieweit die Menschen geistig und mental ihren Alltag organisieren und bewältigen können. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff soll niemanden schlechter, aber viele besser stellen. Die SPD-Fraktion will anstatt der heutigen drei künftig fünf Pflegestufen einführen. Darüber hinaus will sie einfache Beratungsangebote und Unterstützung ausbauen.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

Pflegende Angehörige und andere Pflegende leisten eine herausragende und meist sehr schwere Arbeit. Sie will die SPD-Fraktion dabei entlasten. Sie brauchen Hilfe und Unterstützung, Zeit und eine gute Infrastruktur im Wohnumfeld. Dazu gehören barrierefreies Wohnen und Pflegeberatungsstelle. Wenn Menschen pflegebedürftig werden, dann tritt das meist sehr plötzlich ein. Für die Angehörigen will die SPD-Fraktion deshalb den Anspruch auf eine bis zu zehntägige Freistellung mit dem Anspruch auf eine Lohnersatzleistung koppeln. Letzteres war in der Großen Koalition am Widerstand der Union gescheitert. Um den Angehörigen besser mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sollen die wohnortnahen Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen ausgebaut werden. Außerdem will die SPD die von der Großen Koalition eingeführte sechsmonatige Pflegezeit zu einem Anspruch auf eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entweder über einen längeren Zeitraum oder für kurze Zeitabschnitte beansprucht werden kann, weiterentwickeln. Für Beschäftigte soll es in dieser Zeit Kündigungsschutz geben. Zusätzlich sollen Pflegezeiten rentenrechtlich höher bewertet werden. Pflege ist für die Angehörigen oder andere Pflegepersonen körperlich und auch mental sehr anstrengend. Sie brauchen Auszeiten, um sich erholen zu können. Dazu will die SPD-Fraktion die Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege auf acht Wochen pro Jahr und die Leistungen dafür von derzeit 1510 Euro auf 3020 Euro erhöhen.

Gute Arbeit in der Pflege schaffen

Damit der Bedarf an Pflegekräften heute und künftig gedeckt und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann, müssen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Nur durch gute Arbeit werden Pflegeberufe attraktiv. Dazu will die SPD-Fraktion die Ausbildung modernisieren. Künftig soll es eine generalistische Erstausbildung in der Alten-, Kranken- und Kinderpflege mit anschließender Spezialisierung und der Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs geben. Dabei soll die Ausbildung solidarisch und nicht durch die Auszubildenden finanziert werden. Die SPD-Fraktion ist sich bewusst, dass gute Pflege mehr Geld kostet. Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung höhere Beiträge für eine bessere Pflege akzeptiert. Die solidarische und paritätische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung muss ausgebaut werden. Notwendig ist die Einführung der

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

Bürgerversicherung Pflege. Damit wird auch auf der Finanzierungsseite ein gerechtes System geschaffen, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht und die Lasten fair verteilt.

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen besser fördern

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich bundesweit in den letzten Jahren verbessert und befindet sich im weltweiten Vergleich auf einem hohen Niveau. Doch nicht alle Kinder und Jugendlichen haben in Deutschland die gleichen Gesundheits- und Entwicklungschancen. 15 bis 20 Prozent von ihnen haben einen schlechteren Gesundheitszustand oder größere Risiken krank zu werden. Vor allem die soziale Herkunft wirkt sich negativ auf die gesundheitliche Entwicklung aus. Die SPD-Fraktion will diese Ungerechtigkeit beseitigen und Versorgungslücken bei der Kinder- und Jugendgesundheit schließen. Deshalb fordern wir in unserem Antrag (17/9059), Kindergesundheit endlich als nationale Aufgabe zu begreifen und ein umfassendes Versorgungskonzept vorzulegen.

Dazu gehört für uns, dass Kinderärztinnen und -ärzte als Erstversorger besser in die Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung eingebunden werden. Die besonderen Behandlungsprogramme der gesetzlichen Krankenversicherung für chronisch Kranke (Disease-Management-Programme – DMP) sollen an das veränderte Krankheitsspektrum bei Kindern und Jugendlichen von akuten zu chronischen und von physischen zu psychischen Erkrankungen sowie an die Häufung von Motorik- und Sprechstörungen angepasst und ausgeweitet werden. Die bestehenden Regelungen zur Hospiz- und Palliativversorgung von Kindern- und Jugendlichen sollen konsequenter umgesetzt werden. Der von der Bundesregierung gekürzte Haushaltstitel „Förderung der Kindergesundheit“ muss wieder aufgesetzt werden.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de



BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug
(Ausgabe XII/2013 – 01.07.2013)

Schärfere Regeln für Organtransplantationen

Organspenden retten Leben. Jeden Tag sterben Menschen, die auf ein lebensnotwendiges Spenderorgan warten. Erst im vergangenen Jahr hat der Bundestag Maßnahmen beschlossen, um mehr Organspender zu gewinnen. Wenige Wochen später kam der Skandal von Manipulationen und Verstößen bei der Zuteilung von Organen erst an einem und dann an drei weiteren Transplantationszentren ans Licht. Das hat zum Rückgang der Organspender geführt. Alle im Bundestag vertretenen Fraktionen haben den Antrag „System der Organtransplantation in Deutschland nachhaltig stärken: Konsequenzen aus den Manipulationen an Patientendaten in deutschen Transplantationskliniken“ am 27. Juni beschlossen.

Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Richtlinien der Bundesärztekammer unter einen Genehmigungsvorbehalt des Bundesgesundheitsministeriums stellt. Somit wird die staatliche Rechtsaufsicht über die Richtlinienerstellung gesichert. In einem nationalen Transplantationsregister sollen einheitlich und umfassend Daten erhoben werden. Damit soll die Organzuteilung stärker auf Daten gestützt und verbessert werden, außerdem so die Kontrolle in der Transplantationsmedizin verstärkt werden. Neben dem bestehenden Verbot des Organhandels gelten künftig auch Manipulationen und Verstöße gegen die Richtlinien zur Organ-Zuteilung als Straftatbestand. Die Umstrukturierung der Deutschen Stiftung Organtransplantation soll weiterhin eng begleitet werden. Die Stiftung erhält eine stärkere öffentlich-rechtliche Ausrichtung, deshalb werden Bund und Länder künftig mit Sitz- und Stimmrecht im Stiftungsrat vertreten sein. Der Gemeinsame Bundesausschuss soll die Qualitätssicherung in der Transplantationszentren weiterentwickeln.

www.johannes-pflug.de
www.baerbel-bas.de